

Die Wählerin

— Blätter zum Reichstags-Wahlkampf —

Unser Kampf für Mutter und Kind.

Von Clara Bohm-Schuch.

Wer hat im verfloffenen Reichstag den Kampf geführt für eine vernünftige Bevölkerungspolitik? Die Sozialdemokratie. Unsere Partei übernahm die Führung bei Schaffung der gesetzlichen Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Durch die unermüdete Arbeit der Sozialdemokratie war es möglich, den Kreis der Bezugsberechtigten in diesem Gesetz so zu erweitern, daß heute alle unbemittelten ehelichen und unehelichen Mütter einen Rechtsanspruch auf diese Fürsorge haben. Unsere Bemühungen, auch die Frauen der Beamten bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze in diesen Mutterschutz einzubeziehen, scheiterte an dem hartnäckigen Widerstand der bürgerlichen Reichstagsmehrheit, die sich die deutschen Männer und Frauen am 6. Juni 1920 selber gewählt hatten.

Durch die Geschlechtskrankheiten werden hunderttausende von Frauen unfruchtbar, kommen in schwerstes körperliches Elend und werden um ihr Mutterglück betrogen. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten muß darum eine der vornehmsten Aufgaben der Bevölkerungspolitik sein. Deshalb wurde ein solches Gesetz vom Reichstag in mühevoller, langer Arbeit fertiggestellt. Den sozialdemokratischen Vertretern im Ausschuß war es gelungen, die Interessen der beschafften Volksschichten gegenüber den bestehenden, die gesundheitlichen und moralischen Interessen der Frauen gegenüber den Männern in dem Gesetz zu vertreten. Die furchtbaren Zustände, die sich durch die Geschlechtskrankheiten und ihre verantwortungslose Übertragung auf gesunde Menschen entwickelt haben, konnten durch dieses Gesetz gebessert werden. Da erhob der Reichsrat Einspruch gegen das Gesetz und die mühselige Arbeit von 1½ Jahren ist zunächst vernichtet. Nun ist es an der deutschen Wählerschaft, durch Stärkung der Sozialdemokratie im kommenden Reichstag dafür zu sorgen, daß dieses Gesetz zur praktischen Anwendung kommen kann.

Die Prostitution, diese Herabwürdigung der Frauen zur käuflichen Ware, ist der schlimmste Nährboden für die Geschlechtskrankheiten. Allgemeine wirtschaftliche Not und die elenden Wohnungsverhältnisse sind aber wiederum die Zutreiber der Prostitution. Darum führt die sozialdemokratische Partei den Kampf um die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, um die wirtschaftliche Befreiung der Frau, weil nur so eine moralische Befreiung erreicht werden kann. Wir bekämpfen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, welche die Verklavung der Menschen auch sittlich bedeutet. Gegen die furchtbaren Wohnzustände war unsere Arbeit auf dem Gebiete des Siedlungswesens, war unser Kampf gegen die Mietsteuer gerichtet. Wir lehnten die Mietsteuer für das Reich ab und beantragten an deren Stelle Zuschläge zur Vermögenssteuer. Die Länder sollten das Recht haben, eine Mietsteuer von 10 Proz. zu erheben, und dieser Betrag sollte reiflos zum Bau neuer Wohnungen verwendet werden. Arbeitslose Bauarbeiter hätten dabei Beschäftigung gefunden, hätten Steuern zahlen können, die Erwerbslosenunterstützung wäre erspart worden, und Tausende von jungen Familien hätten endlich ein Heim bekommen. Die Mehrheit der bürgerlichen Parteien lehnte die sozialdemokratischen Vorschläge ab, und nun liegt es an der Wählerschaft, ob sie durch ihre Stimmabgabe am 4. Mai für die vernünftige Arbeit der Sozialdemokratie eintreten will.

Wer hat den Kampf geführt für das Recht der unehelichen Mutter und ihres Kindes? Wer ist für den Rechtsanspruch der Beamtin eingetreten, die uneheliche Mutter geworden ist? Die Sozialdemokratie, vor

allem die in den Reichstag gewählten sozialdemokratischen Frauen.

Sozialdemokraten waren es, die zuerst den Antrag auf Aenderung der Abtreibungsparagraphen des Strafgesetzbuches stellten, um der furchtbaren Not der Frauen auf diesem Gebiete abzuhelfen. Es ist uns vorgeworfen worden, daß wir der Sittverwilderung Vorschub leisten, daß wir die Abtreibung ungehemmt steigern wollen. Nein, so ist es nicht, sondern das Gegenteil war der Zweck unseres Antrages, dessen Verhandlung im Reichstag von der bürgerlichen Mehrheit verhindert wurde. Weil es durch Bedrohung mit Zuchthausstrafe den Ärzten verboten ist, die Unterbrechung der Schwangerschaft vorzunehmen, wenden sich die Frauen, wenn sie aus wirtschaftlichen oder seelischen Gründen kein Kind mehr zur Welt bringen wollen, an die Kurpfuscher oder nehmen den Eingriff selber an ihrem Körper vor und ruinieren dadurch die Gesundheit, ja opfern in vielen Fällen das Leben. Wie oft ist so eine Familie, in der bereits 4, 5 oder noch mehr Kinder vorhanden waren, der Mutter beraubt worden. Ueber die Hälfte aller empfangenen Lebenskeime werden nach ärztlicher Schätzung in Deutschland jährlich vernichtet durch die Abtreibung, trotz der angedrohten schweren Strafen. Der beste Beweis dafür, daß mit Zuchthausstrafen eine Besserung auf diesem Gebiete nicht erzielt werden kann.

Wir bezwecken mit unserem Antrage, daß die sachgemäß ausgebildete, verantwortungsvolle Ärzteschaft zur Helferin der Frauen wird. Der gewissenhafte, menschliche Rat, welche Mittel zur Verhütung der Empfängnis angewendet werden können, wenn eine Frau nicht mehr Mutter werden will, soll erteilt werden; schon dadurch werden die Abtreibungen in großen Massen zurückgehen. Wissen doch heute einfach unzählige Frauen nicht, wie sie sich wirklich schützen können. Sind aber die wirtschaftlichen, gesundheitlichen oder moralischen Zustände, in welche das Kind hineingeboren würde, so elend, daß das kleine Menschenwesen körperlich oder seelisch daran zugrunde gehen müßte, dann ist es viel besser, daß es überhaupt nicht geboren, sondern die Schwangerschaft von dem Arzt unterbrochen wird. Erziehungsarbeit ist es, die nützt, um höhere sittliche Begriffe zu schaffen, aber nicht Zuchthausstrafen.

Wir fordern das Recht jeder gesunden Frau auf Mutterschaft, darum kämpfen wir für die moralische und rechtliche Gleichheit des unehelichen Kindes mit dem ehelichen. Wir fordern aber auch das Recht jedes Kindes, mit Freuden empfangen und zur Welt getragen zu werden, darum verlangen wir die Abänderung der §§ 118 und 119 des Strafgesetzbuches. Wir fordern weitgehendsten Schutz der Mutterschaft und Freiheit zur Mutterschaft, damit vom Keim an freie und glückliche Menschen ins Leben hineinwachsen. Wir kämpfen für ein neues, besseres Menschentum, und wer das mit uns will, wählt am 4. Mai die Liste der Sozialdemokratie.

Erzieht die Jugend zum Friedenswillen.

Von Pfarrer Franke.

Wir sind durchdrungen von der Verwerflichkeit des Krieges und möchten gern unsere Volksgenossen, besonders unsere Jugend, ebenfalls davon überzeugen. Dazu genügt es nicht, sie immer wieder auf die Sinnlosigkeit und Furchtbarkeit des letzten Weltkrieges mit seinen verheerenden Folgen hinzuweisen. Wir müssen ihnen konsequenterweise sagen, daß auch die früheren Kriege der Weltgeschichte — mögen sie von sogenannten Geschichtsschreibern noch so sehr



Niemals wieder!

Niemals wieder die Kinder verlassen, um dem Krieg zu dienen!

Realisiert und verherrlicht werden — den gleichen Abscheu verbieten. Das Abscheuliche des Krieges lag von jeher in der Gedankenlosigkeit und Herzlosigkeit der Machthaber, die ihren Völkern einredeten, durch den Appell an die rohe Gewalt irgendeinen Konflikt entscheiden zu können, der sich durch Verhandlungen nicht hätte lösen lassen. Ihr Stolz verbot ihnen, diese Lösung einem Gericht, einer übergeordneten Instanz anzuvertrauen, deren Entscheidung sie sich dann unbedingt hätten fügen müssen. Das wäre ein Verstoß gegen die „Souveränität“ des Staates gewesen; und dieser unselige Begriff aus Gott weiß was für Regionen angeblichen „Denkens“ hatte sich ihrer Gehirne dermaßen bemächtigt, daß sie diesem Gedankengötzen Gut und Blut ungezählter Hunderttausende skrupellos zum Opfer brachten. Ein „Ideal“ nannten sie, was in Wirklichkeit Ausfluß ihrer Beschränktheit war; und die Hoffahrt und den Dünkel ihrer Bestimmung taufte sie „nationale Würde“.

Sagen wir unseren Kindern, daß in Zukunft Menschenleben nur für echte, nicht für eingebildete Ideale geopfert werden dürfen, nur für wahre Menschheitsgüter, nicht für verruchte abstrakte Gebankengebilde.

Krankenpflegerinnen und Reichstagswahl

Näher und näher rückt der Tag, an dem das deutsche Volk zur Wahlurne schreiten und einen neuen Reichstag wählen soll. Groß ist die Verantwortung, die am Wahltag auf jedem einzelnen Wahlberechtigten lastet, insonderheit auf uns Frauen. So leicht und unwichtig auch der Stimmzettel ist, den wir in die Urne werfen, so schwer und groß ist die Entscheidung, die wir damit über unser eigenes Schicksal und das unserer Volksgenossen fällen. Mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten sind Frauen. Kein Wunder, daß

die Parteien aller Richtungen heute um die Stimmen der Frauen werben. Selbst die Parteien wagen das zu tun, die, solange sie die Macht in Händen hatten, alles getan haben, um den Frauen ihr natürliches Bürgerrecht vorzuenthalten, und die, sollten sie je wieder zur Macht kommen, nichts unversucht lassen werden, um die Rechte der Frauen wieder zu beschneiden. Wie stark wir als Frauen an dem Ausgang der Wahl interessiert sind, das ist in diesen Blättern wiederholt und eingehend klargemacht worden. Wie sehr aber gerade die Krankenpflegerin daran ein Interesse hat, dafür sollen nur einige Beispiele dienen.

Die Vergangenheit mit dem verlorenen Krieg, die Gegenwart mit der zerrütteten Wirtschaft lasten auf uns mit ihrer ganzen Schwere und ernst und trübe sieht die Zukunft aus. Uns packt Entsetzen, wenn wir an die Möglichkeit denken, das die Ergebnisse der Kriegsjahre sich noch einmal wiederholen könnten. Die Krankenpflegerinnen können nicht vergessen, was sie in leidvollen Tagen und Nächten in den Kriegslazaretten erlebten und was sie noch heute als Folgen des Krieges sehen. Sie haben die unaussprechlichen Leiden und das qualvolle Sterben der deutschen Jugend gesehen, sie waren Zeugen der Verzweiflungsausbrüche der trostlosen Mütter, Bräute, Witwen und Kinder, die ihr Liebstes verloren haben. Die Krankenpflegerinnen können sich niemals zu Parteien bekennen, die bewußt einem neuen Kriege zusteuern. Die Krankenpflegerinnen aber kennen nicht nur fremdes Leid, sie kennen das Leid in ihren eigenen Reihen. Krankheit und Sektium grassieren unten den Pflegerinnen als Folge der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Eine Ausbeutung, die nur möglich ist durch passives Gewährenlassen der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages. Die sozialdemokratische Partei hat bereits vor dem Kriege einen jahrelangen, erbitterten Kampf gegen die Ausbeutung des Krankenpflegerpersonals

WAHLLOKAL



Darum wählen wir am 4. Mai die Liste der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

und um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse desselben geführt. Die bürgerlichen Parteien ohne Unterschied haben jedoch alle Anträge der Sozialdemokratie, die auf eine gesetzliche Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit hingingen, niedergestimmt. Die Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. November 1918 brachte nur den Krankenpflegerinnen den Achtstundentag, die in Anstalten tätig waren, in denen die gewerkschaftliche Organisation stark genug war, die Widerstände der Anstaltsleitungen zu überwinden. Der „Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit der Krankenpflegepersonen“, der unter der Amtsführung des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers Schilde ausgearbeitet wurde, sollte allen Krankenpflegepersonen den gesetzlichen Anspruch auf den Achtstundentag sichern. Durch den Widerstand der Interessenten kam dieser Entwurf jedoch niemals zur Beratung im Reichstag. Nunmehr ist auf Grund des Ermächtigungsgesetzes am 12. Februar 1934 eine Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten erschienen, die von neuem zeigt, daß das Krankenpflegepersonal nach wie vor minderen Rechts wie die übrige Arbeitnehmerschaft sein soll. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bereits unterm 29. Februar d. J. die Aufhebung dieser Verordnung beantragt und wird auch im neuen Reichstag die Gleichstellung des Krankenpflegepersonals mit der übrigen Arbeitnehmerschaft und die Aufrechterhaltung des Achtstundentages auch in den Krankenpflegeanstalten fordern.

Seit Jahr und Tag verlangt das Personal die Unterstellung unter die Unfallversicherung, bisher vergeblich, obwohl in keinem anderen Berufe größere Gefahren für Leben und Gesundheit bestehen wie gerade hier. Nur von einem Reichstage, in dem die Sozialdemokratie eine ausschlaggebende Rolle spielt, kann die endliche Erfüllung dieser Forderung erwartet werden. Ebenso ist es mit der obligatorischen Ausbildung des Krankenpflegepersonals, die noch immer der gesetzlichen Regelung harret.

So sehen wir, daß der kommende Reichstag sich nicht nur mit Fragen beschäftigen wird, die uns als Bürgerinnen und Frauen, sondern die uns speziell auch als Krankenpflegerinnen betreffen. Weiter sehen wir, daß wir von keiner anderen als der sozialdemokratischen Partei ein Eintreten für unsere Forderungen und Rechte zu erwarten haben. Die Vertreter der Sozialdemokratie sind es gewesen, die nicht nur im Reichstage, sondern auch in allen anderen Körperschaften für die berechtigten Forderungen der Krankenpflegerinnen eingetreten sind. Wenn sich die Verhältnisse im Krankenpflegeberuf in den letzten Jahren wesentlich geändert und gebessert haben, so haben das die Krankenpflegerinnen neben ihrer gewerkschaftlichen Organisation der deutschen Sozialdemokratie zu danken. Die Sozialdemokratie im Wahlkampf zu stärken und zu unterstützen durch Abgabe der eigenen Stimme, durch Aufklärung der Kolleginnen und Mitarbeiterinnen, durch Zuführung der säumigen Wählerinnen, ist deshalb Pflicht jeder deutschen Krankenpflegerin.

Marie Friedrich.

Nie wieder Krieg!

Das ist das Lied Eures Lebens, das aus Eurer Seele quillt zu dem Wunder des Lebens in Eurer Schoß, so lange Ihr atmet!

Das ist der Segen, mit dem Ihr Eure Kinder, Gatten und Brüder begleitet durchs Leben!

Das ist der Fluch über die, die Euer Herzblut verschüttet über die Erde!

Das ist das Evangelium der Erlösung aus allem Leid, das Ihr hinausrufen sollt in alle Welt.

Nie wieder Krieg!

Minna Todenhagen.

Sieben Frauenfragen.

Von Felebel Schnelder.

1. Wer erkämpfte den Frauen das Wahlrecht?
2. Wer kämpft gegen den Kapitalismus und die Diktatur der Schwerindustrie, die den arbeitenden Menschen immer wieder aufs neue vergewaltigen wollen?
3. Wer fordert die gesetzliche Anerkennung des achtfündigen Arbeitstages?
4. Wer kämpft für den Schutz der Arbeitskraft?
5. Wer verdammt den Krieg und fordert den Völkerfrieden?
6. Wer kämpft für eine wahre Volkskultur?
7. Wer verlangt Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen?

Die Sozialdemokratische Partei ist es, die unermüdet und getreu ihren Grundsätzen gegen die Benachteiligung der Frauen in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung kämpft und eine wirksame und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung fordert. Die kapitalistische Ausbeutung, die den Arbeiter und seine Familie körperlich und geistig verelendet, wird nur durch die Sozialdemokratische Partei wirklich bekämpft, weil alle Menschen die gleiche Berechtigung am Leben und seinen Kulturgütern haben!

Eine Anklage!

Die Darstellungen des vom Roten Kreuz herausgegebenen Heftes „Noi“ (Bilder deutschen Lebens) sind eine einzige Anklage gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Unser Bild —

Abgemagert

Untergewicht 5,6 kg



Diesem Heft entnommen — zeigt den Unterschied, der ganz allgemein festgestellt wird zwischen der Entwicklung unserer Kinder, wie sie vor dem Kriege war und wie sie jetzt ist.

Die verelendeten Kinder klagen an!

Sie klagen die bürgerliche Gesellschaft der ganzen Welt an, weil das kapitalistische Wirtschaftssystem den Weltkrieg herbeiführte.

Sie klagen die bürgerlichen Parteien der ganzen Welt an, weil sie den Krieg in die Länge zogen!

Sie klagen die bürgerlichen Parteien an, weil sie alle Kriegs- und Nachkriegslasten den breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger auferlegten!

Sie klagen alle Männer und Frauen an, die bei früheren Wahlen bürgerlichen Parteien ihre Stimme gaben, weil sie ihnen dadurch die Macht gaben, das Schicksal der unschuldigen Kinder so hart zu gestalten!

Frauen, Mütter!

laßt diese Anklage nicht über Euch kommen!

Wählt am 4. Mai

die Liste der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Frauen!

Hört! Von Euren Stimmen hängt das Wahlergebnis ab!

Wählt USPD.!

Macht Ihr es auch so?

Von Cotte Möller.

Wir führen die Nacht zusammen im D-Zuge. Er trug die Abzeichen seiner Partei ganz sichtbar.

Das Hakenkreuz strahlte nicht nur an seiner linken Rockfalte, sondern es lag über seinem ganzen Wesen der milde Abglanz dieses Kreuzes.

Ich trug mein Abzeichen unter meinem Mantel und es sah nicht einmal ein Zipfelchen davon dem Hakenkreuzmann ins Gesicht.

In der Nacht schadet es nichts, denn er schlief und schnarchte, dank seines guten Gewissens vielleicht, die ganze Nacht.

Ehe wir jedoch in Berlin ankamen, öffnete er seine treuen Augen, gedachte seines Versprechens und verteilte, ehe er noch ganz wach war, schon seine Programmrede.

Mir ward plötzlich mein Mantel zu warm. Nun sah der Hakenkreuzler endlich auch mein Abzeichen und der Anfang einer Feindseligkeit war zwischen uns da.

Müssen wir nicht, auch wir Frauen, in dieser Zeit unser Abzeichen auch äußerlich sichtbar tragen?

Müssen wir nicht Tag und Nacht kampfs- und abwehrbereit uns allen Weg- und Reisegefährten gegenüber befinden?

Schlafen können wir nach dem 4. Mai.

Hoffentlich dann mit gutem Gewissen.

Werdet Sozialdemokratinnen!

Leset die sozialdemokratische Presse! — Schöpft aus den Quellen der Wahrheit und des Wissens!

Beitrittserklärung.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (Bezirk Berlin, Abtg. _____)

An Beiträgen entrichte ich: Eintrittsgeld 1 Wochenbeitrag

Wochenbeiträge männl. 20, weibl. 10 Pf., Sa. _____ M.

_____ den _____ 1924.

Vor- und Zuname: _____

geb. am _____ zu _____

Staatsangehörigkeit: _____ Stand: _____

Wohnung: _____

(Bei der Ausnahme ist sehr erwünscht, daß außer dem Eintrittsgeld mindestens die Beiträge für einen Monat (4 Wochen) gezahlt werden)

(Ausgefüllt zu senden an: Sozialdem. Bezirksverband, SW. 68, Lindenstr. 3.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Frauenstimme“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn _____ Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

(Ausgefüllt zu senden an: Expedition „Vorwärts“, SW. 68, Lindenstr. 3.)